

Protokoll Nr. 2 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Fachausschusses „Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit“ des Beirats Vahr am 01.09.2020 in der Oberschule an der Kurt-Schumacher-Allee

Beginn: 18:00 Uhr Ende: 19:30 Uhr

Anwesend waren:

- a) vom Fachausschuss Margaryta Claus
 Bernd Siegel (i.V. für Eva Früh)
 Heinz Gerkmann
 Anja von Hagen
 Petra Hoya
 Kathrin Lammel

- b) als beratende Fachausschussmitglieder
 Jens Emigholz

- c) vom Ortsamt Dr. Karin Mathes
 Henrike Wunsch-Lautebach

- d) Gäste Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Mitglied des Bundestages)
 Gesa Wasselowski-Müller (Senatskanzlei)
 Sonja Wagener (Die Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz)
 Julia Törper (Gesundheitsnetzwerk Vahr)
 Maria Zywica (Gesundheitsamt)

Die vorliegende Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen. Das Protokoll der Sitzung am 27.11.2019 wird ebenfalls ohne Änderungen genehmigt.

TOP 1: Gesundheitsförderung – Lehren aus Corona

Frau Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Mitglied des Bundestages) hat im Rahmen ihrer Sommertour auf Einladung von Ortsamtsleiterin Dr. Karin Mathes einen Stadtteilbesuch in der Vahr unternommen und das gartenpädagogische Projekt VahrRadieschen bei der Jugendfreizeiteinrichtung Rotes Haus und der Kita an der Philipp-Scheidemann-Allee sowie den Marktplatz der Begegnung¹ besucht.

Frau Dr. Kappert-Gonther hebt zwei Lehren aus Corona hervor. Zum einen verdeutlicht sie, dass Gesundheit weit mehr als ein individuelles Geschehen sei. Gesundheit entwickle sich im Kontext und entscheide sich im Alltag. Die WHO bringe diesen Ansatz mit „Health In All Policies“² auf den Punkt. Gesundheitspolitik sei hoch relevant, weil sie mit allen Lebensbereichen der Bevölkerung zu tun habe. Zum anderen unterstreicht Frau Dr. Kappert-Gonther die Bedeutung des öffentlichen Gesundheitsdienstes. Dieser Bereich werde bundesweit zu wenig beachtet und mit zu wenig Mitteln ausgestattet. Im Rahmen der Corona-Krise hätten die Gesundheitsämter zusätzliche Aufgaben zu bewältigen. Der Bund müsse mehr in die Verantwortung gezogen und der öffentliche Gesundheitsdienst müsse besser ausgestattet werden, auch finanziell.

Darüber hinaus erklärt Frau Dr. Kappert-Gonther, dass Klimaschutz und Gesundheitsschutz zwingend zusammengehören würden. Als Beispiel bringt sie die Hitzewellen in den Sommermonaten an, in denen es immer mehr hitzebedingte Krankheitszustände und Todesfälle gebe.

¹ Nähere Informationen unter https://vahreport.de/images/pdf_2020/vahr_radieschen_20_07.pdf

² Nähere Informationen unter <https://www.who.int/healthpromotion/frameworkforcountryaction/en/>

Ebenso beunruhigend sei die Zunahme von Lungenerkrankungen von Bewohner*innen an vielbefahrenen Straßen. Sie hebt hervor, dass städtebauliche Aspekte eine Rolle für Gesundheitsförderung spielen würden. Für alle Altersgruppen müssten Räume der Begegnung im Alltag geschaffen werden.

Nach ihrem Stadtteilbesuch hält Frau Dr. Kappert-Gonther fest, dass die Vahr über tolle Einrichtungen und Projekte verfüge, die sich mit dem Thema Gesundheit und Umwelt auseinandersetzen.

TOP 2: Strukturaufbau zur Gesundheitsförderung im Bremer Osten

Frau Wasselowski-Müller (Senatskanzlei) hebt ebenfalls hervor, dass die Vahr ein gutes Beispiel für Gesundheitsförderung im Alltag darstelle. Trotzdem gebe es in der Vahr, bzw. im Bremer Osten Handlungsbedarf. Lange Zeit habe es für die Gesundheitsförderung keine finanzielle Mittel gegeben, mit Ausnahme von WiN-Mitteln. Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherungen (GKV) habe nun in der Stadtgemeinde Bremen die Bezirke Nord, Süd, West und Ost als förderfähig anerkannt. Im Rahmen eines Interessenbekundungsverfahrens unter Federführung der Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz (SGFV) und der Vertretung des GVK-Spitzenverbands in Bremen hätten die Bezirke Süd (Huchting, Woltmershausen, Neustadt, Obervieland) sowie Ost (Vahr, Osterholz, Hemelingen) Interesse am dem Ausbau der Gesundheitsprävention bekundet. Frau Wagener (SGFV) bearbeitet die Antragstellung zur Einwerbung von Bundesmittel als Nachfolgerin von Frau Wasselowski-Müller im Ressort weiter und berichtet, dass im Osten das Vorhaben auf Vorarbeiten des Quartiersmanagements und des Beirats Vahr aufbauen könne. Erste Treffen mit den Ortsamtsleitungen und Quartiersmanagern habe es bereits gegeben.

Ursprünglich sei die Antragsfrist für die förderfähige Koordinierungsstelle auf Juni 2020 festgelegt worden. Aufgrund der Einschränkungen durch Corona sei die Antragsfrist nun bis zum 31.12.2020 verlängert worden.

Auf Nachfrage erläutert Frau Wagener weiterhin, dass es sich bei der Koordinierungsstelle um eine Vollzeitstelle handeln werde. Wo genau diese örtlich angesiedelt wird, stehe zu diesem Zeitpunkt noch nicht fest.

TOP 3: Gesundheit und Prävention in der Vahr

Frau Törper (Gesundheitsnetzwerk Vahr) berichtet, dass sich 2019 das Gesundheitsnetzwerk Vahr gegründet habe. Mit dem Förderfonds der Techniker Krankenkasse könnten Fördermittel für einzelne Projekte bis zu einer Gesamtsumme von € 30.000 beantragt werden. Handlungsfelder seien u.a. Ernährung, Bewegung, Gesundheit im Alltag und Entspannung. Vor allem sei man bestrebt, gesundheitliche Chancengleichheit herzustellen. Durch Corona habe man leider nicht viel umsetzen können, da viele Angebote für Bürger*innen haben ausfallen müssen. Zudem decke der Fonds nicht alle Konzepte ab, deshalb sei man auch auf die Finanzierung durch andere Mittel (z.B. WiN) angewiesen. Gerade in Zeiten von Corona sei es aber wichtig, Projekte weiterzuentwickeln.

Auf Nachfrage erwidert Frau Törper, dass noch über € 20.000 zur Verfügung stünden. Eigentlich laufe das Projekt nur bis Ende 2020, da aber wegen der Corona-Krise die Umsetzung vieler Angebote nicht habe stattfinden können, sei mit einer Verlängerung zu rechnen.

Frau Schleifer von VahrRadieschen e.V. merkt an, dass Schulen und Kitas als Handlungsfelder ausgeschlossen seien, wenn sich das Vorhaben alleine auf Schulen und Kitas beschränke. Hintergrund sei, dass Schulen und Kitas in ein eigenes sog. Lebensprogramm eingestuft und deshalb aus einem anderen Topf finanziert würden. Frau Dr. Kappert-Gonther ergänzt, dass diese Eingruppierung von Handlungsfeldern im Präventionsgesetz verankert sei. Dort werde insbesondere der Bereich der Verhaltensprävention (individuelles Gesundheitsverhalten) betont und weniger

der Bereich der Verhältnisprävention³ (Lebens- und Umweltverhältnisse). Die GRÜNEN würden kritisieren, dass der Bereich der Verhältnisprävention nicht umfassend genug abgebildet werde. Weiterhin würden sich die GRÜNEN im Bundestag dafür einsetzen, dass lebensweltbezogene Ansätze mehr in den Fokus gerückt werden.

Frau Zywicka berichtet von ihrer Arbeit als Präventions- und Gesundheitsfachkraft an zwei Grundschulen. Die zentralen Themenfelder seien Ernährung, Bewegung und Hygiene. Mittels Einzel- und Gruppenberatungen würden diese Themen an Kinder und Eltern herangetragen. Derzeit würden stadtweit sieben Fachkräfte an elf Schulen arbeiten. Ihre Arbeit habe sich an allen Schulen sehr gut etabliert, die Angebote würden von Kindern, Eltern und Lehrer*innen sehr gut angenommen. Gesundheitsfachkräfte an Bremer Schulen gibt es seit 2017, die Finanzierung würde Ende 2020 enden.

TOP 4: Ausblick zur Gesundheitsförderung

Der Ausschuss betont, wie wichtig die Arbeit der Präventions- und Gesundheitsfachkräfte an Schulen sei und dass der Beirat sich zwingend dafür einsetzen müsse, dass diese weiter finanziert werden.

Frau Wagener berichtet, dass im Haushalt bereits Mittel für das Projekt angefragt worden seien. Es handle sich aber um einen Sondertopf, über den im September entschieden werde. Generell habe die Verlängerung der Stellen eine sehr hohe Bedeutung im Ressort und in den Fraktionen. Bremen habe sich darüber hinaus stark gemacht, dass das Projekt auf Bundesebene weitentwickelt wird. Frau Dr. Lippmann, Besucherin der Ausschusssitzung und Amtsärztin der Dependance des Gesundheitsamts in der Vahr, bittet darum, dass bei Weiterbewilligung eine zeitlich lückenlose Fortführung der Arbeit der Gesundheitsfachkräfte gewährleistet werden sollte.

Der Ausschuss zeigt sich irritiert über die getrennten Töpfe von Bildung und Gesundheitsprävention. Auch in der Corona-Krise habe sich gezeigt, dass eine gute Bildung der Bevölkerung zur Gesundheitsprävention beitrage. Frau Dr. Kappert-Gonther erklärt, dass der Bund aufgrund des Föderalismus Bildung und Gesundheit getrennt behandle. Es gebe aber z.B. bereits Bestrebungen der Länder, Gesundheitsfachkräfte in Schulen flächendeckend einzusetzen. Die staatliche Verantwortung, Grundwissen über Gesundheitsprävention zu vermitteln, sei groß, und zwar in allen Lebens- und Alltagsbereichen. Sie werde sich für eine Novelle des Präventionsgesetzes einsetzen.

TOP 6: Nachwahl der Fachausschussprecherin

Frau Magaryta Claus (Die LINKE) wird einstimmig als Sprecherin des Fachausschuss Arbeit, Wirtschaft und Gesundheit gewählt.

Sprecherin	Vorsitz	Protokoll
Claus	Mathes	Wunsch-Lautebach

³ Nähere Informationen zu den Begriffen „Verhaltensprävention“ und „Verhältnisprävention“ unter <https://www.bundesgesundheitsministerium.de/service/begriffe-von-a-z/p/praevention.html>